

Die intellektuelle Rechte macht sich die Hände nicht schmutzig



Von Franziska Hundseher

Eine derart intensive Debatte über Rechtsextremismus wie im Herbst 2000 hat es in der Bundesrepublik noch nie gegeben - vielleicht mit einer Ausnahme: Als die 1964 gegründete NPD Ende der 60er Jahre ihre Hoch-Zeit erlebte, in sieben Länderparlamenten saß und zum Sprung in den Bundestag ansetzte, da gab es auch eine breite Diskussion über den wiedererstarkten Rechtsextremismus und die Frage von Verbot oder Auflösung der NPD.

Seither allerdings folgte der Umgang mit dem Thema immer dem gleichen Schema: Nach unerwarteten Wahlerfolgen von Rechtsaußenparteien oder spektakulären Gewalttaten ist die "Gefahr von rechts" für drei bis vier Wochen in aller Munde. Medien berichten dann sensationell, Politiker reagieren mit den üblichen verbalen Pflichtübungen, moralische Betroffenheit wird geäußert, der Ruf nach Gesetzesverschärfungen wird laut, Aktionsprogramme werden angekündigt, und schließlich melden sich andere immer wieder mit den alten Tönen zu Wort. Der Rechtsextremismus dürfe nicht dramatisiert werden, zu einer ernsten Sorge bestehe kein Anlass, es handle sich doch nur um Einzeltäter, der braune "Spuk" gehe sicher schnell wieder vorbei.

So war es schon 1980, als durch die Bombe eines Neonazis 13 Menschen auf dem Münchner Oktoberfest getötet und 219 verletzt wurden. So geschah es wieder, als 1989 die Republikaner mit 7,5 Prozent in den Berliner Senat gewählt wurden, oder beim Wahlerfolg der "Deutschen Volksunion" (DVU) im Frühjahr 1998 in Sachsen-Anhalt. Das gleiche Ritual wiederholte sich nach den Gewaltexzessen in Hoyerswerda, Rostock, Mölln, Solingen oder dem Lübecker Synagogenbrand. Nach hektisch produzierten Medienberichten und Statements aufgeschreckter Politiker tritt nach drei Wochen Beschäftigung mit dem ekelhaften Thema Übersättigung ein, der Blick nach rechts wird gleich wieder mit dem Blick nach links kombiniert, und man beruhigt sich selbst, denn schließlich habe jedes europäische Land Probleme mit Rechtsextremisten, ob Tschechische Republik, Schweden oder Spanien, ganz zu schweigen von den alpenländischen Nachbarn. Aktionismus und Verharmlosung - beides mischte sich in die Debatte.

Die derzeitige Diskussion hat den Eindruck vermittelt, der Rechtsextremismus sei plötzlich wie ein Schachtelteufel aus der Box gesprungen. Die rechtsextreme Gewalt ist aber seit Anfang der 90er Jahre konstant hoch. Der Anstieg an rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Herbst 2000 liegt auch an einer Sensibilisierung der Behörden und an veränderten Kriterien für die Erfassung. Schließlich hat es auch Beamte gegeben, die den zusätzlichen Aufwand an Schreibearbeiten scheuten, wenn sie einen rechtsextremistischen Hintergrund vermeldet hätten.

Die aktuelle Debatte geht über den üblichen Aufschrei hinaus. Bislang tauchte Rechtsextremismus in der öffentlichen Diskussion immer nur kurzfristig auf, obwohl er ein langfristiges Phänomen ist und kontinuierlich bekämpft werden muss.

Die derzeitige Auseinandersetzung mit dem Thema hat auch eine Reihe positiver Nebeneffekte. Dazu gehört, dass das Gerede vom "rechten Rand" abgenommen hat. Endlich scheint sich

herumgesprochen zu haben, dass Rechtsextremismus eben kein Randphänomen ist, dass nicht nur arbeitslose Jugendliche aus zerrütteten Familienverhältnissen dem Trend nach rechts außen folgen. Es gibt eben auch den Professor an einer Hochschule für Finanzen, der Vorträge bei einem esoterischen Religionszirkel für die weiße Rasse hält. Es gibt eben inzwischen mehrere Dutzend Rechtsanwälte in "braunen Roben", die die Gesinnung ihrer neonazistischen Mandanten teilen. Es gibt rechtsextremistische Kameradschaften, die sowohl die geselligen Bedürfnisse in der Form von Saufgelagen bedienen, wie sie eben auch ideologische Schulung anbieten. Solange man dachte, Neonazis, das sind nur Leute, die nicht bis drei zählen können ("blöd, brutal und besoffen"), so lange wurden sie auch verharmlost.

Wenn Rechtsextremismus nur in einem Teilaspekt wahrgenommen wird, kann er auch nicht adäquat bekämpft werden. Wer glaubte, mit der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit allein werde auch der Rassismus ausgeremmt, der würde sich irren. Auch das ist ein positiver Nebenaspekt der aktuellen Debatte, dass endlich deutlich wird, dass es nicht ein Rezept gegen den rechten Extremismus gibt, genauso wie er nicht nur eine Ursache hat.

Die aktuelle Diskussion hat aber auch gezeigt, dass sich die öffentliche Aufmerksamkeit fast nur dem organisierten Rechtsextremismus, insbesondere dem Verbot der NPD, zuwendet. Diese Fokussierung auf die NPD führt zu einem gefährlichen Trugschluss, als werde mit einem Verbot dieser Partei dem Rechtsextremismus das Haupt abgeschlagen. Nach wie vor aber spielen auch rüstige Herren, ehemalige Angehörige der SS, eine Rolle. Sie werden wie Ikonen verehrt und zu Schulungsabenden eingeladen. Eine intellektuelle Rechte macht sich die Hände nicht schmutzig, munitioniert ideologisch aber auch den potenziell gewalttätigen Teil der Szene.

Selbst in den Untergrundzeitschriften von Skinheads, die in den bildorientierten Medien stets nur als Dumpfbacken erscheinen, werden Texte von Theoretikern gedruckt wie Mussolinis Hofphilosoph Julius Evola. Und die Deutsche National-Zeitung hetzt weiter Woche für Woche gegen Juden und Ausländer. Dagegen würde auch ein Verbot der DVU nicht weiterhelfen, das vor dem Bundesverfassungsgericht ohnehin keine Aussicht auf Erfolg hätte. Man muss aber in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass schon einmal eine Bundesregierung in Karlsruhe gegen einen Rechtsextremisten kläglich gescheitert ist. Als 1968 die National-Zeitung titelte "Verbrecherstaat Israel" will uns Moral lehren, da stellte der Innenminister einen Antrag nach Artikel 18 Grundgesetz, um dem Herausgeber das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung aberkennen zu lassen. Das Verfahren wurde zu einer kompletten Blamage für den Minister. Juristischer Berater des Rechtsextremisten Dr. Gerhard Frey war nämlich ein Säulenheiliger der bundesdeutschen Justiz, einer der renommiertesten Staatsrechtler der Bundesrepublik, Prof. Theodor Maunz, der Grundgesetzkommentator. Dieser war über zwei Jahrzehnte lang informeller Mitarbeiter des Münchner Rechtsextremisten, verfasste Rechtsgutachten und nahezu wöchentlich Artikel für dessen Hetzblätter.

Die Diskussion über Parteienverbote lenkt den Blick weg vom alltäglichen Rassismus, von den fremdenfeindlichen Einstellungen in den Köpfen der Normalbürger. Dieser aber ist auch der Nährboden für die Akzeptanz der Gewalttäter, die sich als Vollstrecker eines ominösen Volkswillens fühlen, der keine Asylbewerber, keine Juden, keine Schwächeren verträgt. Die Feindlichkeit gegenüber Fremden aus dem Süden oder aus dem Osten ist doch gesellschaftsfähig geworden. Daran wird sich kaum etwas ändern, solange Wahlkämpfe auf dem Rücken von Ausländern ausgetragen werden.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 2/2001](#))